EINE PLAKATAUSSTELLUNG
DER BUNDESSTIFTUNG
ZUR AUFARBEITUNG
DER SED-DIKTATUR
IN KOOPERATION MIT
DER GEMEINNÜTZIGEN
HERTIE-STIFTUNG

MIT FREUNDLICHER
UNTERSTÜTZUNG DES
AUSWÄRTIGEN AMTES

VON DER FRIEDLICHEN REVOLUTION ZUR DEUTSCHEN EINHEIT

Quelle: Bundesregierung/Lehnartz

Ost-Berlin, Palast der Republik, am 17. April 1986. Auftakt zum XI. SED-Parteitag.

DIE DDR AM VORABEND DER REVOLUTION

Bonn, 7. September 1987. Der Staats- und Parteichef der DDR, Erich Honecker, wird mit fast allen protokollarischen Ehren von Bundeskanzler Helmut Kohl empfangen.
Einen Moment wirkt das SED-Regime in der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) gefestigter denn je. Doch während Ost-Berlin demonstrativ auf Abgrenzung setzt und mit neuer Vehemenz die staatliche Anerkennung durch die Bundesrepublik fordert, weht von Moskau ein anderer Wind. Perestroika (Umgestaltung) und Glasnost (Transparenz) lauten die Schlagworte, die den Versuch Michail Gorbatschows begleiten, das marode Riesenreich zu reformieren und an den Westen anzunähern. Zugleich räumt Moskau seinen Verbündeten Schritt für Schritt mehr Selbständigkeit ein. Polen und Ungarn werden zu Vorreitern des Reformprozesses. Die Führung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) verweigert sich dem neuen Kurs. Früher wollte man in Ost-Berlin von der Sowjetunion „siegen lernen“. Jetzt werden plötzlich sowjetische Filme und die sowjetische Zeitschrift „Sputnik“ in der DDR verboten, weil sie sich kritisch mit dem Stalinismus auseinandersetzen. Die DDR gerät im eigenen Lager zunehmend in die Isolation. Selbst SED-Mitglieder beginnen immer mehr an ihrer Führung zu zweifeln. Die zeigt sich starrsinnig: Die Mauer werde noch 50 oder 100 Jahre stehen, erklärt Honecker Anfang 1989.

SCHEINSTABILITÄT

Der Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, Helmut Kohl, empfängt den Staats- und Parteichef der DDR, Erich Honecker, am 7. September 1987 mit militärischen Ehren in Bonn, der westdeutschen Hauptstadt.

Auf der Abschlussveranstaltung des Kirchentages am 28. Juni 1987 in Ost-Berlin demonstrieren Mitglieder von Friedensgruppen und der Kirche von Unten für Reformen in Staat und Amtskirche.

Am 19. November 1988 wird der Sputnik von der Postzeitungsliste gestrichen und ist damit de facto verboten. Auslöser für das Verbot ist ein Artikel über den Hitler-Stalin-Pakt und das Schicksal deutscher Kommunisten im sowjetischen Exil. Im Bild: Titelseite des verbotenen Heftes 10/1988.

Verkehrte Welt: Michail Gorbatschow besucht die Bundesrepublik Deutschland und wird von der Belegschaft der Firma Hoesch am 16. Juni 1989 in Dortmund begeistert begrüßt.

Knapp 1.400 Kilometer lang ist die Grenze, die bis 1989 die beiden deutschen Staaten teilt. Das SED-Grenzregime hat dort und an der Berliner Mauer mutmaßlich fast 800 Todesopfer gefordert. Im Bild: Die Grenzanlagen in Blankenstein an der Saale, 1988.

Quellen: Bundesarchiv, Bild 183-1986-0417-414, Fotograf: Franke | StAufarb, Bestand Klaus Mehner, Nr. 87_0628_EvKT_03 | Bundesregierung/Schambeck |StAufarb, Bestand Uwe Gerig, Nr. 4223 | Sputnik, Oktober 1988 | Bundesregierung/Schaack

WIRTSCHAFT UND GESELLSCHAFT IN DER KRISE

In den 1980er Jahren wird die ökonomische Misere der DDR unübersehbar. Die Industrie läuft auf Verschleiß. Die Umwelt ist verschmutzt. Gelbe Luft gehört vielerorts genauso zum Alltag wie graue Wäsche auf der Leine. Grau sind auch die verfallenden Altstädte. An den Stadträndern wachsen derweil eilig errichtete Plattenbausiedlungen. Die ineffiziente Planwirtschaft ist gleichermaßen von billigem sowjetischem Erdöl wie zunehmend von westlichen Krediten abhängig. Die seit 1961 eingemauerte DDR-Gesellschaft spaltet die Menschen in jene, die über Privilegien oder westdeutsches Geld verfügen und jene, die sich in immer längere Schlangen vor immer leereren Geschäften einreihen müssen. Das Leben in der DDR ist überwacht, reglementiert und weithin vom Parteistaat vorbestimmt. Die Unzufriedenheit wächst. Jeden Abend reisen die DDR-Bürger mit dem bundesdeutschen Fernsehen für einige Stunden in den Westen aus. Im Alltag wird Loyalität inszeniert, werden Häuser beflaggt, Kundgebungen besucht und Mitgliedsbeiträge für Massenorganisationen und Parteien entrichtet. „Ihr tut so, als ob Ihr uns folgt, und wir tun so, als ob wir Euch glauben“, scheint die Devise der Obrigkeit zu lauten.

Ost-Berlin, Prenzlauer Berg im Jahr 1985.

UNZUFRIEDENHEIT

Mit Berlin-Marzahn (Foto), Hohenschönhausen und Hellersdorf sind innerhalb von zehn Jahren drei neue Stadtbezirke mit ca. 91.400 Wohnungen in Ost-Berlin entstanden. Die Altbausubstanz verfällt im gleichen Zeitraum. Aufnahme am 1. Januar 1987.

Leipzig, am 2. September 1989. Messezeit. Es gibt Südfrüchte. Doch die werden nur gegen DM abgegeben.

Eine Alltagsbeschäftigung in der DDR ist das Schlange stehen. Aufnahme aus Jena, 1987.

„Ruinen schaffen, ohne Waffen!“ Die DDR-Bevölkerung reagiert auf den Verfall der Altstädte mit hilflosem Sarkasmus. Leipzig im September 1989.

Braunkohlekraftwerk Jänschwalde, April 1984. Die Idylle trügt: Nach der Wiedervereinigung erfordert die Verschmutzung der DDR-Gewässer und Luft ganz neue Verschmutzungsgrenzwerteklassen, waren die der EU doch weit überschritten.

Quellen: Albrecht Ecke | StAufarb, Bestand Klaus Mehner, Nr. 89_0902_VER_Ges_20 | Bundesregierung/Lehnartz | Foto: Siegfried Wittenburg | StAufarb, Bestand Klaus Mehner, Nr. 89_0902_VER_Ges_04 | Bundesarchiv, Bild 183-1987-0128-310, Fotograf: Link

DIE OPPOSITION DOKUMENTIERT DIE FÄLSCHUNG DER KOMMUNALWAHLEN

Sonntag, 7. Mai 1989. Kommunalwahlen in der DDR. Der Urnengang soll die Zustimmung der Bevölkerung zur SED-Politik vorspiegeln. Doch die Inszenierung wird zum Wahlkrimi, der nur im Westfernsehen zu sehen ist: Vor laufender Kamera weisen junge Frauen und Männer dem SED-Staat Wahlfälschung nach und berichten, dass Bürgerrechtler DDR-weit in vielen hundert Wahllokalen die Auszählung überwacht haben. Viele Ostdeutsche erfahren erst jetzt von dem zunehmend dichteren Netz von Friedens-, Menschenrechts-, Umwelt- und Dritte-Welt-Gruppen, das häufig unter dem schützenden Dach der Kirche seit den 1980er Jahren den politischen Vormachtanspruch der SED in Frage stellt. Einige ihrer Aktionen hatten bereits in der Vergangenheit Aufmerksamkeit erregt. Doch jetzt demonstriert die DDR-Opposition nicht nur die Fähigkeit zum gemeinsamen Vorgehen, sondern beweist zudem die Verlogenheit der Partei- und Staatsführung. Die weist alle Vorwürfe zurück und muss zunehmend hilfloser erleben, wie Bürgerrechtler nicht nur mit einer Flut von Eingaben und Strafanzeigen, sondern mit öffentlichen Protesten auf die Wahlfälschung reagieren. Am 4. Juni 1989 empört das Massaker auf dem „Platz des Himmlischen Friedens“ in Peking viele DDR-Bürger. Zahlreiche Menschen schließen sich den Protesten an. In Ost-Berlin, der DDR-Hauptstadt, wird ab Juni an jedem 7. eines Monats demonstriert.

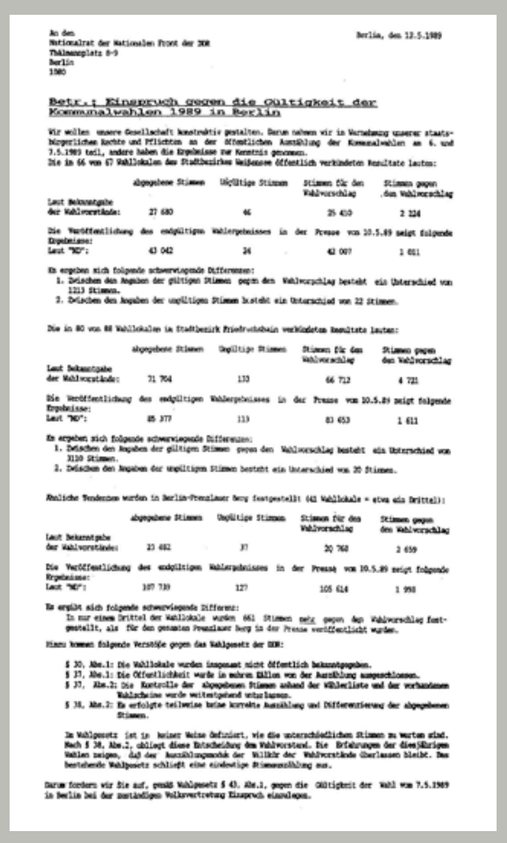
Stimmauszählung im einzigen für Westjournalisten zugänglichen Wahllokal 802 in Ost-Berlin. Unter den Augen einer zunehmend kritischeren Öffentlichkeit wird die Wahlurne geleert.

WAHLBETRUG

Ab 1979 lädt der Berliner Pfarrer Rainer Eppelmann in die Ost-Berliner Samariterkirche, später in die Erlöserkirche zur „Bluesmesse“ ein. Die Verbindung aus Gottesdienst und Musik wird zur Anlaufstelle für unangepasste junge Menschen aus der ganzen DDR. Aufnahme aus dem Jahr 1986.

Am 17. Januar 1988 wollen Berliner Bürgerrechtler an der Luxemburg-Liebknecht-Demonstration der SED teilnehmen. Viele werden bereits in ihren Wohnungen oder auf dem Weg verhaftet. Hier ein von der Staatssicherheit beschlagnahmtes Spruchband.

Im Januar 1989 rufen Leipziger Basisgruppen zu einer eigenen Luxemburg-Liebknecht-Demonstration auf. Mehrere Hundert Menschen laufen vom Marktplatz einige Hundert Meter durch die Innenstadt, bevor die Demonstration von der Polizei „aufgelöst“ wird.



An den
Nationalrat der Nationalen Front der DDR
Thälmannplatz 8-9
Berlin
1080

Berlin, den 12.5.1989

Betr.: Einspruch gegen die Gültigkeit der Kommunalwahlen 1989 in Berlin

Wir wollen unsere Gesellschaft konstruktiv gestalten. Darum nehmen wir in Verwahrung unserer staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten an der öffentlichen Auszählung der Kommunalwahlen am 6. und 7.5.1989 teil, andere haben die Ergebnisse zur Kenntnis genommen.
Die in 66 von 67 Wahllokalen des Stadtbezirkes Weißensee öffentlich verkündeten Resultate lauten:

	abgegebene Stimmen	ungültige Stimmen	Stimmen für den Wahlvorschlag	Stimmen gegen den Wahlvorschlag
Laut Bekanntgabe der Wahlvorstände:	27 680	46	25 410	2 224

Die Veröffentlichung des endgültigen Wahlergebnisses in der Presse vom 10.5.89 zeigt folgende Ergebnisse:

Laut "ND":	43 042	24	42 007	1 011

Es ergeben sich folgende schwerwiegende Differenzen:
1. Zwischen den Angaben der gültigen Stimmen gegen den Wahlvorschlag besteht ein Unterschied von 1213 Stimmen.
2. Zwischen den Angaben der ungültigen Stimmen besteht ein Unterschied von 22 Stimmen.

Die in 80 von 88 Wahllokalen im Stadtbezirk Friedrichshain verkündeten Resultate lauten:

	abgegebene Stimmen	ungültige Stimmen	Stimmen für den Wahlvorschlag	Stimmen gegen den Wahlvorschlag
Laut Bekanntgabe der Wahlvorstände:	71 754	133	66 712	4 721

Die Veröffentlichung des endgültigen Wahlergebnisses in der Presse vom 10.5.89 zeigt folgende Ergebnisse:

Laut "ND":	85 377	133	83 453	1 611

Es ergeben sich folgende schwerwiegende Differenzen:
1. Zwischen den Angaben der gültigen Stimmen gegen den Wahlvorschlag besteht ein Unterschied von 3138 Stimmen.
2. Zwischen den Angaben der ungültigen Stimmen besteht ein Unterschied von 20 Stimmen.

Ähnliche Tendenzen wurden in Berlin-Prenzlauer Berg festgestellt (42 Wahllokale = etwa ein Drittel):

	abgegebene Stimmen	ungültige Stimmen	Stimmen für den Wahlvorschlag	Stimmen gegen den Wahlvorschlag
Laut Bekanntgabe der Wahlvorstände:	23 482	37	20 768	2 659

Die Veröffentlichung des endgültigen Wahlergebnisses in der Presse vom 10.5.89 zeigt folgende Ergebnisse:

Laut "ND":	107 739	127	105 614	1 998

Es ergibt sich folgende schwerwiegende Differenz:
In nur einem Drittel der Wahllokale wurden 661 Stimmen mehr gegen den Wahlvorschlag festgestellt, als für den gesamten Prenzlauer Berg in der Presse veröffentlicht wurden.

Hierzu kommen folgende Verstöße gegen das Wahlgesetz der DDR:

§ 30, Abs.1: Die Wahllokale wurden insgesamt nicht öffentlich bekanntgegeben.
§ 37, Abs.1: Die Öffentlichkeit wurde in mehren Fällen von der Auszählung ausgeschlossen.
§ 37, Abs.2: Die Kontrolle der abgegebenen Stimmen anhand der Wählerliste und der vorhandenen Wahlscheine wurde weitestgehend unterlassen.
§ 38, Abs.2: Es erfolgte teilweise keine korrekte Auszählung und Differenzierung der abgegebenen Stimmen.

Im Wahlgesetz ist in keiner Weise definiert, wie die unterschiedlichen Stimmen zu werten sind. Nach § 38, Abs.2, obliegt diese Entscheidung dem Wahlvorstand. Die Erfahrungen der diesjährigen Wahlen zeigen, daß der Auszählungsmodus der Willkür der Wahlvorstände überlassen bleibt. Das bestehende Wahlgesetz schließt eine eindeutige Stimmenzählung aus.

Darum fordern wir Sie auf, gemäß Wahlgesetz § 43, Abs.1, gegen die Gültigkeit der Wahl vom 7.5.1989 in Berlin bei der zuständigen Wahlvorstehung Einspruch einzulegen.

Die SED-Parteizeitung „Neues Deutschland“ veröffentlicht am 8. Mai das offizielle Ergebnis der Kommunalwahl. Die Opposition, die in zahlreichen Wahllokalen im ganzen Land an den Auszählungen teilgenommen hatte, kann nun die Zahlen vergleichen. Und sie kann den Wahlbetrug nachweisen. In einigen Orten beträgt die Differenz zu den offiziellen Zahlen bis zu zehn Prozent. Im Bild der Einspruch Berliner Bürgerrechtler vom 12. Mai 1989 gegen die Gültigkeit der Wahl.

In den 1980er Jahren wächst die Zahl der Untergrundzeitschriften, Samizdat genannt. Die Ausgabe Juli/1989 der Umweltblätter berichtet über die Fälschung der Kommunalwahlen. Der Titel zeigt ein Foto der Demonstration gegen den Wahlbetrug vor der Sophienkirche am 7. Juni 1989.

Links ein Aufruf zur Mahnwache in der Markuskirche in Leipzig für den tschechoslowakischen Schriftsteller Václav Havel, der in der ČSSR inhaftiert ist.

Quellen: StAufarb, Bestand Klaus Mehner, Nr. 89_0507_POL_Wahlen_05 | Robert-Havemann-Gesellschaft (BStU-Kopie) | Bernd Lindner, Die demokratische Revolution in der DDR 1989/90. Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2001, S. 29 | ABL, Fotograf: Frank Sellentin | Robert-Havemann-Gesellschaft | ABL, Fotograf: unbekannt | StAufarb, Bestand Rainer Eppelmann, Nr. 8 und 9, (Fotograf: Jürgen Müller-Schneck)

AUSREISEBEWEGUNG UND MASSENFLUCHT

Während zunächst noch eine Minderheit ihren Protest in die Öffentlichkeit trägt, haben viele andere die Hoffnung auf Reformen in der DDR aufgegeben. 1989 warten mehr als 100.000 DDR-Bürger auf die Genehmigung ihrer Ausreiseanträge in die Bundesrepublik. Vom Beispiel der Bürgerrechtler ermutigt, beginnen auch sie die Öffentlichkeit zu suchen. In Leipzig wird die Nikolaikirche zu ihrer Anlaufstelle. Noch am 6. Februar 1989 wird der 20-jährige Chris Gueffroy bei einem Fluchtversuch über die Berliner Mauer erschossen. Im Sommer beginnt Ungarn den Stacheldrahtverhau nach Österreich zu beseitigen. Erst sind es Hunderte, im August rund 3.000 DDR-Urlauber, die ihren Weg in den Westen finden. Viele Tausend warten in Ungarn auf eine passende Gelegenheit zur Flucht. Als Ungarn am 11. September die Grenze für DDR-Bürger öffnet, reisen binnen drei Tagen 15.000 Ostdeutsche über Österreich in die Bundesrepublik. Tausende DDR-Bürger suchen im Sommer Zuflucht in den westdeutschen Vertretungen in Prag, Budapest, Warschau und Ost-Berlin. Ende September warten 6.000 DDR-Bürger in der Prager Botschaft auf ihre Ausreise. In der Ost-Berliner Führung herrscht Ratlosigkeit. „Man sollte ihnen keine Träne nachweinen“, lässt Staats- und Parteichef Honecker in der SED-Parteizeitung „Neues Deutschland“ schließlich zynisch kommentieren.

Nur mit Handgepäck kommt ein junges Paar aus der DDR am 4. September 1989 im Flüchtlingslager Csilleborc bei Budapest an.

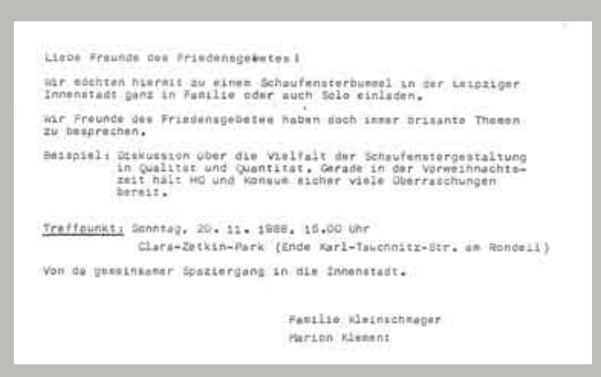
ABSCHIED

Mit Kerzen in den Händen demonstrieren Bürger, die einen Antrag auf Ausreise aus der DDR gestellt haben, im August 1988 vor dem Schweriner Rathaus.

Ungarisch-österreichische Grenze bei Sopron, am 27. Juni 1989. Österreichs Außenminister Alois Mock und sein ungarischer Amtskollege Gyula Horn durchtrennen den Eisernen Vorhang.

Ungarische Presse- und Fotoagentur MTI, Fotograf: Károly Matusz

Ost-Berlin, 10. August 1989. Trotz rigoroser Kontrollen durch die Polizei der DDR gelangten Flüchtlinge in die Ständige Vertretung der Bundesrepublik in der DDR, die wegen Überfüllung geschlossen werden muss.



Liebe Freunde des Friedensgebetes!

Wir möchten hiermit zu einem Schaufensterbummel in der Leipziger Innenstadt ganz in Familie oder auch Solo einladen.

Wir Freunde des Friedensgebetes haben doch immer brisante Themen zu besprechen.

Beispiel: Diskussion über die Vielfalt der Schaufenstergestaltung in Qualität und Quantität. Gerade in der Vorweihnachtszeit hält HO und Konsum sicher viele Überraschungen bereit.

Treffpunkt: Sonntag, 20. 11. 1988, 15.00 Uhr
Clara-Zetkin-Park (Ende Karl-Tauchnitz-Str. am Rondell)

Von da gemeinsamer Spaziergang in die Innenstadt.

Familie Kleinschmager
Marion Klement

Flugblatt von Leipziger Ausreiseantragsstellern, die zu einem gemeinsamen „Schaufensterbummel“ aufrufen.

Quellen: picture-alliance/dpa | BStU, BV Schwerin, AKG 13b | Ungarische Presse- und Fotoagentur MTI, Fotograf: Károly Matusz | ABL, 20-11-88 | StAufarb, Bestand Klaus Mehner, Nr. 89_0810_Ausreise_04 | Landesarchiv Berlin, Kartenabt., Zustand: 1978, Kartographie/Verlag: dtv-Perthes Weltatlas

DIE BÜRGERBEWEGUNG FORMIERT SICH

Als die DDR im Rahmen der größten Fluchtbewegung seit dem Mauerbau auszubluten droht und das SED-Regime seine Reformunfähigkeit demonstriert, schlägt die Stunde der Bürgerbewegung. Sie verzeichnet immer stärkeren Zulauf. Bereits im Juli erfolgt der Aufruf zur Gründung einer Sozialdemokratischen Partei. „Aufbruch 89“ ist eine Resolution überschrieben, mit der das „Neue Forum“ im September aus der Taufe gehoben wird. „Demokratie Jetzt“, „Demokratischer Aufbruch“ lauten die Bezeichnungen anderer Gruppen, die allesamt die Öffentlichkeit suchen und eine politische Alternative zur SED formulieren. In dieser Situation wächst den Westmedien und ihren DDR-Korrespondenten enorme Bedeutung zu, da sie der Opposition im Osten wie im Westen Deutschlands Gehör verschaffen. Am 4. September beginnen die Leipziger Montagsdemonstrationen, als 1.000 Bürgerrechtler und Ausreisewillige nach dem Friedensgebet vor der Kirche „Für ein offenes Land mit freien Menschen“ demonstrieren. Eine Woche später nimmt die Volkspolizei 89 Demonstranten fest. 19 werden zu Haftstrafen verurteilt. In landesweiten Fürbittgottesdiensten solidarisieren sich die Menschen mit den Gefangenen. Die Empörung wächst. An immer mehr Orten finden Demonstrationen statt. Aus dem Ruf der Ausreisewilligen „Wir wollen raus!“ wird ein trotziges „Wir bleiben hier!“.

Leipzig, 4. September 1989, Beginn der Montagsdemonstrationen. Die zahlreich anwesenden Westjournalisten sorgen für Publizität. Die Straße wird für alle sichtbar zum politischen Aktionsfeld.

AUFBRUCH

Im Haus von Katja Havemann in Grünheide bei Berlin wird am 9./10. September 1989 das Neue Forum gegründet. Im Bild die Gründungsmitglieder (v.l.) Bärbel Bohley, Jutta Seidel, Katja Havemann.

Am 24. Juli 1989 formulieren Markus Meckel und Martin Gutzeit einen Aufruf zur Gründung einer Sozialdemokratischen Partei der DDR, der am 26. August verbreitet wurde. Die Parteigründung erfolgte am 7. Oktober 1989 in Schwante, einer Kleinstadt nördlich von Berlin. Von diesem Tag und Ort stammt auch die Aufnahme.

Zukunftswerkstatt „Wie nun weiter DDR?“ am 6. Oktober 1989 in der Ost-Berliner Erlöserkirche. In einer gemeinsamen Erklärung fordern die neuen Bürgerrechtsgruppen die Einhaltung der Menschenrechte in der DDR.

Während sich in der DDR die Opposition weiter formiert, liefern die Nachrichten neue Bilder von der Massenfluchtbewegung: Die ungarische Regierung öffnet in der Nacht zum 11. September die Grenze zu Österreich. Zehntausende DDR-Bürger reisen in den nächsten Tagen und Wochen über Österreich in die Bundesrepublik aus.

Fotograf: Barnabás Szabó

Die ČSSR bleibt hart. In Prag warten 6.000 Flüchtlinge auf dem Gelände der bundesdeutschen Botschaft bis Ende September auf ihre Ausreise. Aufnahme von Prag, 30. September 1989.

Quellen: ABL, Fotograf: Rainer Kühn | Privatarchiv Steffen Reiche | Fotograf: Barnabás Szabó | Bundesregierung/Seebode | Robert-Havemann-Gesellschaft (BStU-Kopie) | Foto: Hanno Schmidt/Robert-Havemann-Gesellschaft

DIE PARTEI- UND STAATSFÜHRUNG INSZENIERT DEN 40. JAHRESTAG DER DDR-GRÜNDUNG

Von den Entwicklungen im Lande scheinbar unbeeindruckt, bereitet die Partei- und Staatsführung den 40. Jahrestag der DDR-Gründung am 7. Oktober vor. Nichts soll die Feierlichkeiten stören, schon gar keine Bilder von den überfüllten bundesdeutschen Botschaften in Warschau und Prag. Und so stimmt die DDR-Führung Ende September der Ausreise der 6.000 Botschaftsbesetzer aus Prag unter der Bedingung zu, dass diese mit Sonderzügen über das Territorium der DDR erfolgt. Die Demonstration staatlicher Souveränität gerät zum Desaster. Am 4. Oktober kommt es in Dresden zu gewalttätigen Auseinandersetzungen mit der Polizei, als sich 3.000 Dresdner auf dem Hauptbahnhof Zutritt zu den Zügen verschaffen wollen. Die Unruhen halten über Tage an. Am 7. Oktober inszeniert das SED-Regime mit Massenaufmärschen, Militärparaden und einem Festakt im Palast der Republik schließlich ein gespenstisches Schauspiel der Stärke. Und selbst an diesem Tag gelingt es nicht, die Proteste in der DDR zu unterbinden. In Ost-Berlin kommt es zu Knüppelorgien der Volkspolizei gegen tausende friedliche Demonstranten, während sich im Palast der Republik kommunistische Staats- und Parteiführer aus der ganzen Welt eingefunden haben, darunter auch Michail Gorbatschow aus der Sowjetunion. Der hatte bei seiner Ankunft in Berlin seinen Genossen ins Stammbuch geschrieben: „Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben!“

40. Jahrestag der DDR-Gründung. Am 7. Oktober paradieren Militär und Fähnchen schwingende Bürger ein letztes Mal vor der Partei- und Staatsführung.

SELBSTBETRUG

Am 5. Oktober 1989 werden 650 aus Prag kommende DDR-Botschaftsflüchtlinge in Alsfeld, einem kleinen Ort in Westdeutschland, herzlich am Bahnhof begrüßt.

Michail Gorbatschow wird am 6. Oktober 1989 auf dem Flughafen Berlin-Schönefeld von Erich Honecker begrüßt. Bereits bei dieser Gelegenheit soll der sowjetische Staats- und Parteichef – zumindest sinngemäß - gemahnt haben: Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben.

Die Staatsjugendorganisation Freie Deutsche Jugend inszeniert am 6. Oktober 1989, dem Vorabend des 40. Jahrestags der DDR-Gründung, in Ost-Berlin, auf der Prachtstraße „Unter den Linden“ einen Fackelzug.

Tausende Menschen demonstrieren am Abend des 7. Oktober in Ost-Berlin für Meinungsfreiheit und Demokratie. Die Volkspolizei antwortet mit massivem Schlagstockeinsatz. Im Bild: Übergriffe gegen Demonstranten an der Dimitroffstraße (heute Danziger Straße)/Ecke Prenzlauer Allee.

Die Proteste beschränken sich nicht auf die Hauptstadt. In der Vogtland-Metropole Plauen, im Südosten der DDR, setzt die Staatsmacht Wasserwerfer gegen Demonstranten ein, die am 7. Oktober auf die Straße gehen.

Quellen: Bundesarchiv, Bild 183-1989-1007-402, Fotograf: Franke | Bundesarchiv, Bild 183-1989-1006-410, Fotograf: Schindler | Bundesarchiv, Bild 183-1990-0924-010, Fotograf: Roeske | Robert-Havemann-Gesellschaft (BStU-Kopie) | Bundesarchiv, Bild 183-1989-1006-439, Fotograf: Roeske | StAufarb, Bestand Uwe Gerig, Nr. 3963

DIE LEIPZIGER MONTAGSDEMONSTRATION AM 9. OKTOBER VERLÄUFT FRIEDLICH

Am Montag nach den Staatsfeierlichkeiten herrscht in Leipzig schier unerträgliche Anspannung. Woche für Woche war die Zahl der Montagsdemonstranten gestiegen. Würde die SED nach den Feierlichkeiten gewaltsam gegen die Demonstranten einschreiten? Am Stadtrand gehen Militärfahrzeuge in Stellung. In Schulen und Betrieben wird davor gewarnt, am Abend ins Stadtzentrum zu gehen. In Krankenhäusern wird Blutplasma bereitgestellt, Ärzte werden zur Bereitschaft gerufen. Um 17 Uhr schließen in Leipzigs Innenstadt die Geschäfte. Trotz aller Drohgebärden versammeln sich in den Abendstunden 70.000 Frauen und Männer in den Straßen um die Nikolaikirche und auf dem Karl-Marx-Platz; mehr als alle, die Einsatzkräfte eingeschlossen, erwartet haben. Dann macht sich der Zug der Zehntausenden auf, um den Innenstadtring erstmals voll zu umrunden. „Wir sind das Volk!“ und „Keine Gewalt!“ sind die Losungen, die durch Leipzigs Innenstadt hallen. Um 18:25 Uhr befiehlt der Chef der Volkspolizei den Rückzug seiner bewaffneten Einheiten, nachdem weder die Ost-Berliner Führung noch die örtliche SED-Spitze den Befehl zum Einsatz gewagt hatten. Die Bilder der 70.000 namenlosen Helden, die ihre Angst überwanden, werden noch in derselben Nacht von den Tagesthemen in die Wohnzimmer in ganz Deutschland übertragen. In der DDR ist Friedliche Revolution.

9. Oktober 1989. Auf dem Leipziger Ring demonstrieren 70.000 Menschen. Fotografiert von der Fußgängerbrücke am Tröndlinring

ENTSCHEIDUNG

Seit 4. September 1989 wird in Leipzig jeden Montagabend demonstriert. Die Polizei reagiert mit massiver Präsenz und großer Härte. Das Foto zeigt die Abriegelung der Nikolaistraße in Richtung Grimmaische Straße durch Sicherheitskräfte am 18. September 1989

Montag, 25. September. Nach dem Ende der Friedensgebete demonstrieren 5.000 Leipziger auf dem Leipziger Ring. Die Polizei hält sich – für alle überraschend – im Hintergrund. An der Fußgängerbrücke am Tröndlinring machen die Demonstranten kehrt. Noch scheuen sie sich davor, die Leipziger Zentrale des DDR-Geheimdienstes, die „Stasi“ genannt, an der „Runden Ecke“ zu passieren.
Foto: Johannes Beleites

In den letzten Wochen ist es mehrfach und in verschiedenen Städten der DDR zu Demonstrationen gekommen, die in Gewalt mündeten. Fliesterstatuenwerfe, gerschlagene Scheiben, ausgebrannte Autos, Gummiknüppel- und Wasserwerfereinsatz. Es gab eine unbekannte Zahl Verletzter, von Toten ist die Rede.
Auch der letzte Montag in Leipzig endete mit Gewalt.
Wir haben Angst. Angst um uns selbst, Angst um unsere Kinder, um den Nachbarn neben uns und Angst um den, der uns da in Uniform gegenübersteht. Wir haben Angst um die Zukunft unseres Landes. Gewalt schafft immer nur Gewalt. Gewalt löst keine Probleme. Gewalt ist unmenschlich. Gewalt kann nicht das Zeichen einer neuen, besseren Gesellschaft sein.

Wir bitten alle !
- Enthaltet Euch jeder Gewalt !
- Durchbrecht keine Polizeiketten, haltet abstand zu Absperrungen!
- Greift keine Personen oder Fahrzeuge an!
- Entwendet keine Kleidungs- oder Ausrüstungsgegenstände der Sicherheitskräfte!
- Werft keine Gegenstände und enthaltet Euch gewalttätiger Parolen!
- Seid solidarisch und unterbindet Provokationen!
- Greift zu friedlichen und phantasievollen Formen des Protestes!

An die Sicherheitskräfte appellieren wir
- Enthaltet Euch der Gewalt!
- Reagiert auf Friedfertigkeit nicht mit Gewalt!

W a s s i n d w i r ?
Gewalt unter uns bleibt ewig blutende Wunden!

Partei und Regierung müssen vor allem für die entstandene ernste Situation verantwortlich gemacht werden. Aber D a s G e s p r ä c h ist es an uns, einer weiteren Eskalation der Gewalt zu vorbeugen, sonst droht unsere Zukunft ab!

Leipzig, den .. Okt ber 19.. Arbeitskreis Gerechtigkeit
Arbeitsgruppe Menschenrechte
Arbeitsgruppe Umweltschutz

Mit diesem Appell fordern Leipziger Basisgruppen die Einsatzkräfte auf, gegen friedliche Demonstranten nicht mit Gewalt vorzugehen, 9. Oktober 1989.

Die Partei- und Staatsmacht schürt Angst in der Stadt. Ein Kommandeur der paramilitärischen „Kampfgruppen“ lässt in seinem „Leserbrief“ keinen Zweifel an der Gewaltbereitschaft der Sicherheitskräfte, Leipziger Volkszeitung, 6. Oktober 1989.

Werktätige des Bezirkes fordern:

Staatsfeindlichkeit nicht länger dulden

Die Angehörigen der Kampfgruppenhundertschaft „Max Geißler“ veranstalteten, was gewissenlose Elemente mit weniger Zeit in der Stadt Leipzig veranstalten. Wir sind dafür, daß die Bürger christlichen Glaubens in der Nikolaikirche ihre Andacht und ihr Gebet verrichten. Das garantiert ihnen unsere Verfassung und die Staatsmacht unserer sozialistischen DDR. Wir sind dagegen, daß diese kirchliche Veranstaltung mißbraucht wird, um staatsfeindliche Provokationen gegen die DDR durchzuführen. Wir fühlen uns betrogen, wenn wir nach getaner Arbeit mit diesen Zügen konfrontiert werden.

Damals erwartet wir, daß alles getan wird, um die öffentliche Ordnung und Sicherheit zu gewährleisten, um ein in 40 Jahren harter Arbeit geschaffenes Werte und Errungenschaften des Sozialismus in der DDR zu erhalten und unser Aufbauwerk ruhig und planmäßig zum Wohle aller Bürger fortgesetzt wird. Wir sind bereit und willens, das wir wie mit unserer Hände Arbeit Geschaffenes wirksam zu schützen, um diese konterrevolutionären Aktionen endgültig und wirksam zu unterbinden. Wenn es sein muß, mit der Waffe in der Hand!

Wir sprechen diesen Elementen das Recht ab, für ihre Zwecke Lärm und Losungen der Arbeiterklasse zu nutzen, lediglich verursacht sie damit nur, ihre wahren Ziele zu verbergen.

Kameraden GÜNTER LUTZ
im Auftrag der Kampfgruppenhundertschaft „Max Geißler“

Trotz aller Drohungen und Angst machender Gerüchte versammeln sich am Abend des 9. Oktober mehr Menschen denn je in den Straßen rund um die Nikolaikirche und auf dem Karl-Marx-Platz (heute Augustusplatz).

70.000 Bürgerinnen und Bürger formieren sich zu einem Demonstrationszug. Die Sicherheitskräfte sind gelähmt, der Einsatzbefehl bleibt aus. Erstmals marschieren die Demonstranten rund um den Leipziger Ring, am MfS, dem Ministerium für Staatssicherheit, vorbei. Mit dem 9. Oktober ist Friedliche Revolution in der DDR. Das Foto zeigt den Demonstrationszug auf dem Georgiring an der Leipziger Oper in Richtung Hauptbahnhof.

Quellen: Museum in der „Runden Ecke“, Fotograf: Uwe Pullwitt | Foto: Johannes Beleites | Leipziger Volkszeitung, 6. Oktober 1989 | Museum in der „Runden Ecke“, Fotograf: Heinz Löster | Museum in der „Runden Ecke“, Fotograf: Martin Naumann | ABL | ABL, Fotograf: Rainer Kühn

DIE SED VERSUCHT IHRE MACHT ZU RETTEN

Neun Tage mit immer neuen Demonstrationen im ganzen Land, in Plauen, Dresden, Karl-Marx-Stadt, Halle und in vielen kleinen Orten, verstreichen, bis die SED-Führung sichtbare Konsequenzen zieht. Am 18. Oktober tritt Staats- und Parteichef Erich Honecker von allen Ämtern zurück. Sein Nachfolger wird Egon Krenz. Der hatte erst zwei Tage zuvor den Mut gefunden, mit anderen Politbüromitgliedern die Absetzung Honeckers zu verabreden. Um den Segen Moskaus gebeten, wünscht Gorbatschow „viel Glück“ und erklärt die Sache zur alleinigen Angelegenheit der Sozialistischen Einheitspartei (SED). In seiner ersten Fernsehansprache als Parteichef verkündet Krenz eine politische „Wende“. Dialog und Reformen sollen die SED-Herrschaft retten. Doch die Menschen misstrauen dem langjährigen Kronprinzen Honeckers, der im Sommer das Massaker in Peking gerechtfertigt hatte. Die Staats- und Parteiführung übt sich in hektischen Reformversuchen. Die DDR-Wirtschaft steht vor der Zahlungsunfähigkeit. Westdeutsche Finanzhilfen stehen unter dem Vorbehalt weiterer politischer Reformen. Der Druck der Straße steigt unentwegt. Am 4. November demonstrieren über 500.000 Menschen auf dem Ost-Berliner Alexanderplatz. Am 7. November tritt die Regierung, tags darauf das gesamte SED-Politbüro zurück. Der erste Entwurf eines neuen Reisegesetzes sieht so viele Ausnahmen vor, dass in Leipzig eine halbe Million Menschen auf die Straße gehen.

Egon Krenz und seine Wende finden kein Vertrauen (Foto: Leipzig, 6. November 1989).

WENDUNGEN

Nach dem Sturz Erich Honeckers rückt Egon Krenz in dessen Ämter auf. Am 24. Oktober 1989 wird Krenz als Staatsoberhaupt der DDR vereidigt.

Die Menschen glauben nicht, dass das Dialogangebot der SED-Führung ehrlich gemeint ist. Ihnen stecken die Erfahrungen der letzten Tage und Wochen zum Teil noch buchstäblich in den Knochen. Stellvertretend für viele teilt ein Leipziger seine Meinung dazu im Oktober 1989 an der Nikolaikirche öffentlich mit.

Auf einer Pressekonferenz am 23. Oktober 1989 übergeben Vertreter der Opposition (sitzend v.l. Ehrhart Neubert, unbekannt, Marianne Birthler, Werner Fischer, Christoph Singelstein) eine etwa hundertseitige Dokumentation mit Gedächtnisprotokollen, die über den brutalen Polizeieinsatz am 7./8. Oktober informieren. Am Mikrofon sichert ein Vertreter des DDR-Generalstaatsanwaltes (Klaus Voß) zu, den Vorwürfen nachzugehen.

Transparent am Palast der Republik während der Demonstration am 4. November 1989 in Berlin.

Mehr als eine halbe Million Menschen nehmen am 4. November 1989 an der größten Demonstration in der Geschichte der DDR teil. Die Demonstration wird vom DDR-Fernsehen live übertragen.

Quellen: Bundesregierung/Liebe | ABL, Fotograf: Frank Sellentin | StAufarb, Bestand Klaus Mehner, Nr. 89_1104_POL-Demo_44 | StAufarb, Bestand Klaus Mehner, Nr. 89_1104_POL-Demo_27 | Bundesarchiv, Bild 183-1989-1023-019, Fotograf: Settnik | Bundesarchiv, Bild 183-1989-1024-027, Fotograf: Mittelstädt

DIE NACHT DES 9. NOVEMBER VERÄNDERT DIE WELT

Donnerstag, 9. November 1989, 20 Uhr. Die Erkennungsmelodie der Fernsehnachrichtensendung Tagesschau ruft die Menschen in Deutschland vor den Bildschirm. „DDR öffnet Grenze“ lautet die Top-Meldung. Zu sehen ist Günter Schabowski, wie er am Abend auf einer SED-Pressekonferenz eine neue Reiseregelung ankündigt, die Westreisen „ohne Vorliegen von Voraussetzungen“ erlauben soll. Und zwar „ab sofort“, wie das SED-Politbüromitglied auf Nachfrage antwortet. Die „Mauer soll über Nacht durchlässig werden“, kommentiert die Tagesschau. Und überall in Ost-Berlin ziehen sich Frauen und Männer ihre Jacken und Mäntel an, um sich zögernd und ungläubig auf den Weg zu einem Grenzübergang zu machen. Am Kontrollpunkt Bornholmer Straße stauen sich erst mehrere Hundert, gegen 23 Uhr fast 20.000 Menschen. „Tor auf! Tor auf!“ und „Wir kommen wieder, wir kommen wieder!“ skandiert die Menge. Eine halbe Stunde später kapitulieren die Grenzkontrolleure vor dem Druck der Menschen. Der Schlagbaum hebt sich. Bald darauf sind die Dämme auch an anderen Grenzkontrollpunkten Berlins sowie an der innerdeutschen Grenze gebrochen. Am Grenzübergang Invalidenstraße erzwingen Tausende West-Berliner die Grenzöffnung. In Berlin liegen sich die Menschen lachend und weinend vor Glück in den Armen. Die Berliner Mauer, das Symbol der Teilung, ist gefallen.

Zehntausende Berliner aus Ost und West treffen sich auf der Berliner Mauer am Brandenburger Tor. Die Aufnahme zeigt die Nacht vom 10. zum 11. November 1989.

MAUERFALL

Günter Schabowski gibt am 9. November 1989 auf der live übertragenen Pressekonferenz das neue Reisegesetz bekannt. Ab wann diese Bestimmung gelten solle, will daraufhin ein italienischer Journalist wissen. „Ab sofort, unverzüglich!“ antwortet Schabowski etwas unsicher.

Völlig überforderte Grenztruppen- und Zollangehörige versuchen dem nächtlichen Besucherverkehr am Grenzübergang Invalidenstraße Herr zu werden.

West-Berliner begrüßen jubelnd die Autofahrer aus der DDR, die in der Nacht vom 9. auf den 10. November 1989 den Kurfürstendamm erreichen.

Nach 28 Jahren fällt die Mauer. Am Grenzübergang Invalidenstraße liegen sich Ost- und West-Berliner in den Armen.

Tausende DDR-Bürger brechen am folgenden Tag landesweit zu einer Reise in den Westen auf. An den innerdeutschen Grenzübergangsstellen kommt es zu langen Autostaus.

Quellen: StAufarb, Bestand Uwe Gerig, Nr. 4591 | Bundesarchiv, Bild 183-1989-1110-020, Fotograf: Altwein | Bundesregierung/Lehnartz | Bundesarchiv, Bild 183-1989-1110-038, Fotograf: Ludwig | Bundesregierung/Lehnartz | Bundesarchiv, Bild 183-1989-1109-030, Fotograf: Lehmann

DIE DEUTSCHE FRAGE WIRD GESTELLT

Mit dem Mauerfall rückt die deutsche Frage unverhofft auf die Tagesordnung der Weltpolitik. „Jetzt wächst zusammen, was zusammengehört“ kommentiert Willy Brandt am Tag nach dem Mauerfall. Am 28. November verkündet Bundeskanzler Helmut Kohl ein „10-Punkte-Programm“. Es sieht die Wiederherstellung der deutschen Einheit auf dem Wege einer Föderation vor; in einem Zeitraum von fünf und mehr Jahren. Polen sorgt sich um die Gültigkeit seiner Westgrenze. Großbritannien und Frankreich sehen eine neue Großmacht Deutschland am Horizont. Die Sowjetunion fürchtet um die Früchte des entbehrungsreichen Krieges gegen das nationalsozialistische Deutschland. Allein aus Washington kommt Ermutigung. Im Osten wie im Westen Deutschlands stößt die Perspektive einer baldigen Wiedervereinigung vor allem bei Intellektuellen auf Ablehnung. „Für unser Land“ lautet ein Aufruf, ebenfalls am 28. November veröffentlicht, der dazu auffordert, in der DDR „eine sozialistische Alternative zur Bundesrepublik“ zu entwickeln. Doch die Menschen in der DDR wollen keine Experimente mehr. Auf den Demonstrationen wird aus „Wir sind das Volk!“ „Wir sind ein Volk!“. Als Bundeskanzler Kohl am 19. Dezember gemeinsam mit Hans Modrow, seit November DDR-Ministerpräsident, Dresden besucht, spricht er vor Zehntausenden Menschen und einem Meer deutscher Fahnen.

Kundgebung vor dem Schöneberger Rathaus am Tag 1 nach dem Mauerfall (v.l. Willy Brandt, Walter Momper, Helmut Kohl).

PERSPEKTIVEN

Die Gegner der deutschen Einheit bilden auf den Demonstrationen eine kleine, wenn auch vernehmbare Minderheit. Aufnahme aus Leipzig vom 4. Dezember 1989.

Die große Mehrheit der Ostdeutschen wollen ein Ende der Teilung. Große Demonstration auf dem Augustusplatz in Leipzig am 11. Dezember 1989.

Mit einem Meer von Deutschlandfahnen jubeln Tausende Dresdner dem westdeutschen Bundeskanzler Helmut Kohl auf der Kundgebung am 19. Dezember 1989 an der Frauenkirche zu.

Der kurzfristig anberaumte Besuch des französischen Staatspräsidenten François Mitterand in Ost-Berlin wird als Signal Frankreichs gegen eine deutsche Wiedervereinigung bewertet. Mitterand wird von Manfred Gerlach, dem langjährigen Vorsitzenden der bis Herbst 1989 von der SED kontrollierten Liberaldemokratischen Partei empfangen, der seit dem 6. Dezember als DDR-Staatschef amtiert.

Bundeskanzler Helmut Kohl (l.) und DDR-Ministerpräsident Hans Modrow (am Mikrofon) weihen am 22. Dezember 1990 gemeinsam den neuen Fußgängerübergang am Brandenburger Tor ein.

Quellen: Bundesregierung/Lehnartz | ABL, Fotograf: Karl Heinz Müller | Bundesregierung/Lehnartz | Bundesarchiv, Bild 183-1989-1220-037, Fotograf: Altwein | Bundesregierung/Lehnartz | Bundesarchiv, Bild 183-1989-1204-036, Fotograf: Gahlbeck

DIE BÜRGERRECHTLER WERDEN ZUM MOTOR DER SELBSTDEMOKRATISIERUNG DER DDR

Die Maueröffnung beschleunigt den Machtzerfall der SED. Parteifunktionäre treten reihenweise zurück, Hunderttausende aus der SED aus. Die bislang von der SED kontrollierten Parteien, allen voran CDU und LDPD, üben sich in Unabhängigkeit. Am 1. Dezember wird der SED-Führungsanspruch aus der DDR-Verfassung gestrichen. Am 8./9. Dezember nennt sich die SED in „Partei des Demokratischen Sozialismus“ um und versucht zu retten, was noch zu retten ist. Die ökonomische Situation und die Versorgungslage spitzen sich zu. Noch stehen 380.000 sowjetische Soldaten im Land, noch sitzen SED-Mitglieder an den Schaltstellen des Staatsapparates und der „bewaffneten Organe“. Die Macht liegt auf der Straße. Schritt für Schritt versuchen die Bürgerrechtler, die Kontrolle zu übernehmen. Am 22. November setzt die Opposition die Einrichtung eines zentralen „Runden Tisches“ in Ost-Berlin durch, an dem Vertreter der alten und neuen politischen Kräfte Platz nehmen. Zentrale Anliegen der Opposition: freie Wahlen, eine demokratische Verfassung und die Auflösung des Geheimdienstes. Bis zum Jahresende kontrollieren vielerorts „Runde Tische“ das Geschäft der Machtapparate und Verwaltungen. Am 5. Februar 1990 treten acht Vertreter der außerparlamentarischen Opposition als Minister ohne Geschäftsbereich in die Regierung Modrow ein.

Sitzung des Runden Tisches am 22. Januar 1990 im Schloss Schönhausen in Ost-Berlin.

ÜBERGANG

Endlich. Nach seiner Ausbürgerung im Jahre 1976 steht der Dichter und Liedermacher Wolf Biermann wieder auf einer Bühne in der DDR. In Leipzig jubeln ihm am 1. Dezember 1989 5.000 Menschen zu.

Die Macht der SED schwindet. Die Bilder ihres Sonderparteitags am 8./9. Dezember 1989 demonstrieren gleichwohl Stärke. Keine der neuen Parteien und Gruppen verfügt zum Jahreswechsel 1989/90 über vergleichbare Mitgliedszahlen und eine funktionierende Organisationsstruktur.

8. Sitzung des Runden Tisches im Schloss Schönhausen. In der 1. Reihe von links: Ingrid Köppe, Rolf Hendrich (beide Neues Forum), Konrad Weiß, Wolfgang Ullmann (beide Demokratie Jetzt), Dankward Brincksmeier, Ibrahim Böhme (SDP), Thomas Klein, Silvia Müller (Vereinigte Linke), Marion Töpfer und Brigitte Döring (FDGB).

Berlin, Bahnhof Lichtenberg, Sommer 1994. Russische Soldaten bei ihrem Abzug aus Deutschland. Zum Zeitpunkt der Friedlichen Revolution steht die sowjetische Armee hochgerüstet in der DDR.

Die Volkskammer stimmt am 5. Februar 1990 der Erweiterung der DDR-Regierung um 8 Vertreter der Opposition zu, die als Minister ohne Geschäftsbereich die Arbeit der Regierung Modrow kontrollieren. Von links: Sebastian Pflugbeil, Neues Forum, Rainer Eppelmann, Demokratischer Aufbruch, Walter Romberg, SDP, Tatjana Böhm, Unabhängiger Frauenverband, Klaus Schülter, Grüne Liga, Matthias Platzeck, Grüne Partei, Gerd Poppe, Initiative Frieden und Menschenrechte, Wolfgang Ullmann, Demokratie Jetzt.

Quellen: Bundesregierung/Lehnartz | Bundesarchiv, Bild 183-1989-1208-041, Fotograf: Mittelstädt | Bundesregierung/Faßbender | Bundesarchiv, Bild 183-1990-0205-019, Fotograf: Senft | Landesarchiv Berlin/Ingeborg Lommatzsch | Bundesarchiv, Bild 183-1989-1201-047, Fotograf: Grubitzsch (geb. Raphael)

MIT DER ZERSCHLAGUNG DER STAATSSICHERHEIT ÖFFNEN SICH DIE GEHEIMEN ARCHIVE

Mit der Besetzung des einstigen Dienstsitzes Erich Mielkes in der Ost-Berliner Normannenstraße endet am 15. Januar 1990 für alle sichtbar die Macht des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS). Binnen weniger Wochen war das „Schild und Schwert der Partei“ stumpf geworden. Noch im Oktober 1989 hat es 90.000 hauptamtliche Geheimdienstmitarbeiter und rund 174.000 inoffizielle Mitarbeiter, d. h. Spitzel, gezählt. Am 13. November büßt es erheblich an Autorität ein, als ein verwirrter Stasi-Chef Erich Mielke vor der Volkskammer erklärt: „Ich liebe euch doch alle“. Die Regierung Modrow will das MfS als Amt für Nationale Sicherheit (AfNS) in die Zukunft retten. Anfang Dezember häufen sich die Meldungen, das AfNS, auch in Anlehnung an die „Stasi“ „Nasi“ genannt, vernichte massenhaft belastende Akten. Bürgerrechtler besetzen am 4. Dezember in Erfurt und bald auch in den anderen Bezirkshauptstädten die Geheimdienstzentralen. Der Aufruf der MfS-Bezirksverwaltung Gera vom 9. Dezember, die Besetzungen der Dienststellen nicht hinzunehmen, findet keinen Widerhall. Am 11. Januar gibt Hans Modrow dem Druck des „Runden Tisches“ nach und erklärt seinen Verzicht, die Arbeit der Stasi unter neuem Namen fortzusetzen. Die Bürger haben die Macht der Stasi überwunden und sich zugleich ihrer Akten bemächtigt. Deren Öffnung ist für die Aufarbeitung der SED-Diktatur unerlässlich.

Ost-Berlin, Normannenstraße, Ministerium für Staatssicherheit (MfS) der DDR, Aufnahme von 1974.

ENTMACHTET

Kurz nach seinem Rücktritt als Stasi-Minister spricht ein erkennbar verwirrter Erich Mielke am 13. November 1989 ein letztes Mal vor der Volkskammer, dem DDR-Parlament.

Mehr als 100.000 Menschen demonstrieren am 15. Januar 1990 vor dem Stasi-Komplex an der Normannenstraße. Schließlich wird auch die Zentrale des Geheimdienstes besetzt.

Strafgefangene des Gefängnisses Bautzen I fordern im Januar 1990 die Freilassung. Auf Transparenten erklären sie, dass sie wegen Fahnenflucht und „ungesetzlichen Grenzübertritts“ (Paragraf 213) inhaftiert seien.

Im März 1990 kontrolliert der Runde Tisch des Bezirkes Erfurt die Waffenvernichtung. Maschinengewehre der aufgelösten Kampfgruppen werden auseinandergenommen und später mit Polizeieskorte zum Schmelzofen transportiert.

Quellen: StAufarb, Bestand Klaus Mehner. Nr. 74_0426_DDR-MfS-DG_04 | Bundesarchiv, Bild 183-1990-0115-029, Fotograf: Uhlemann | Bundesarchiv, Bild 183-1990-0315-302, Fotograf: Hirndorf | Bundesarchiv, Bild 183-1990-0123-048, Fotograf: Häßler | Foto: BStU, NDR/Glaser

MIT DER VOLKSKAMMERWAHL AM 18. MÄRZ SIEGT DIE FRIEDLICHE REVOLUTION IN DER DDR

Als am Sonntag, dem 18. März, die Wahllokale in der DDR schließen und die erste Prognose von Hochrechnungen abgelöst wird, ist die Sensation längst perfekt: Bei der ersten und einzigen freien Volkskammerwahl in der Geschichte der DDR votieren 48 Prozent der Wähler für die „Allianz für Deutschland", bestehend aus der Ost-CDU, dem Demokratischen Aufbruch (DA) und der Deutschen Sozialen Union (DSU). Die Parteien und Bündnisse der Bürgerbewegung vereinen lediglich rund 27 Prozent auf sich. Davon entfallen knapp 22 auf die Ost-SPD, die sich des Sieges in den Wochen zuvor allzu gewiss glaubte. Die Liberalen erhalten fünf Prozent, immerhin jeder sechste Wähler stimmt für die PDS, die aus der SED hervorgegangen ist. Zu den wahlentscheidenden Fragen zählte die Haltung der Parteien zur Deutschen Einheit. Zwar hatten sich auch die SPD und die Wahlbündnisse der Bürgerbewegung für die Wiedervereinigung ausgesprochen. Doch es war die „Allianz für Deutschland", die diesen Weg am direktesten zu gehen plante. Noch wichtiger war, dass die Allianz – anders als ihre Konkurrenten – auf die Unterstützung der Regierung Kohl verweisen konnte, von der sich viele Ostdeutsche rasche materielle Unterstützung versprachen. Am 12. April 1990 konstituiert sich unter Ministerpräsident Lothar de Maizière (CDU) die Regierung der großen Koalition aus den Parteien der Allianz, der SPD und den Liberalen. Mit den freien Volkskammerwahlen und einer demokratisch gewählten Regierung und Opposition hat die Friedliche Revolution obsiegt.

Wahlkampf in der DDR.

TRIUMPH

Am 27. und 28. Januar 1990 findet die offizielle Gründungskonferenz des Neuen Forums in Berlin statt. Die Delegierten sind uneins, ob die Vereinigung zur Partei werden soll. Im Bild: Jens Reich (stehend), Ingrid Köppe (r.) und Reinhard Schult (vorn sitzend).

Vier Tage vor der Wahl: Bundeskanzler Helmut Kohl spricht auf einer Wahlkundgebung der Allianz für Deutschland auf dem Karl-Marx-Platz (heute Augustusplatz) in Leipzig.

Altbundeskanzler Willy Brandt, mittlerweile Ehrenvorsitzender der west- wie der ostdeutschen SPD, spricht zwei Tage vor der Volkskammerwahl vor 30.000 Menschen auf dem Marktplatz in Wismar.

STIMMZETTEL / WAHLKREIS 1

(Listen in alphabetischer Reihenfolge)
zur Wahl der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik
am 18. März 1990
(Auf dem Stimmzettel nur eine Liste im Kreis kennzeichnen)

Liste			
1	Aktionsbündnis Vereinigte Linke (AVL) Die Nelken – VL	Klein, Thomas (VL) Cieslak, Michael (Die Nelken) Brähmer, Julia (VL)	1
2	Alternative Jugendliste (AJL) DJP–GJ–MJV–FDJ	Pellikse, Heike (FDJ) Koerner, Thomas (FDJ) Zillich, Steffen (MJV)	2
3	„Bündnis 90" NEUES FORUM – DEMOKRATIE JETZT – IFM	Prof. Dr. Reich, Jens (NEUES FORUM) Birthler, Marianne (IFM) Dr. Fischbeck, Hans-Jürgen (DEMOKRATIE JETZT)	3
4	Bund Freier Demokraten DFP–LDP–F.D.P. Die Liberalen	Thiele, Peter (F.D.P.) Prof. Dr. Carig, Wolf-Rainer (LDP) Dr. Klein, Reinhard (LDP)	4
5	Bund Sozialistischer Arbeiter (BSA) Deutsche Sektion der 4. Internationale	Palmer, Heidelore Franken, Rudolf	5
6	Christlich–Demokratische Union Deutschlands (CDU)	de Maizière, Lothar Dr. Bergmann-Pohl, Sabine Dr. Weber, E.-Hinrich	6
8	Demokratische Bauernpartei Deutschlands (DBD)	Dr. Stuhlberg, Uwe Drews, Roland Dr. Sermann, Rainer	8
9	„Demokratischer Aufbruch – sozial + ökologisch" (DA)	Eppelmann, Rainer Apelt, Andreas Hahn, Michael	9
12	Deutsche Soziale Union (DSU)	Dr. Schmiedel, Joachim Knäbel, Beate Dr. Angerstein, Wilfried	12
13	„EINHEIT jetzt"	Uhlig, Gerda Stutz, Helga Stutz, Heinz	13
14	Europäische Föderalistische Partei Europa Partei (EFP)	Wendt, Horst	14
16	„Grüne Partei + Unabhängiger Frauenverband" (Grüne – UFV)	Wollenberger, Vera (Grüne) Schenk, Christina (UFV) Kuhn, Volkrad (Grüne)	16
17	Kommunistische Partei Deutschlands (KPD)	Potrafke, Horst Jacobs, Reinhard Christmann, Christoph	17
18	National–Demokratische Partei Deutschlands (NDPD)	Hartmann, Günter Blauert, Hans-Joachim Niehof, Hans-Jürgen	18
19	Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS)	Dr. Gysi, Gregor Dr. Kaufmann, Sylvia-Yvonne Dr. Seifert, Ilja	19
20	Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)	Böhme, Ibrahim Manfred Kaiser, Eva Krüger, Thomas	20
21	Spartakist–Arbeiterpartei Deutschlands (SpAD)	Endruweit, Torsten Otto, Hans-Dieter Friedrich, Holger	21
23	Unabhängige Volkspartei (UVP)	Kaebe, Joachim	23
24	Vereinigung der Arbeitskreise für Arbeitnehmerpolitik und Demokratie (VAA)	Hillmann, Lutz Helm, Viola	24

Muster

Stimmzettel für den Wahlkreis I (Berlin) zur ersten und einzigen freien Volkskammerwahl der DDR am 18. März 1990.

Koalitionsgespräche der Allianz für Deutschland mit dem Bund Freier Demokraten und der SPD über die künftige Regierung. Im Bild (v.l.): Rainer Ortleb (Liberale), Peter Diestel (DSU), Richard Schröder (SPD), Lothar de Maizière (CDU) und Rainer Eppelmann (DA).

Quellen: Bundesarchiv, Bild 183-1990-0115-029, Fotograf: Häßler | Bundesregierung/Lehnartz | Bundesarchiv, Bild 183-1990-0312-021 | Bundesarchiv, Bild 183-1990-0403-028, Fotograf: Bauer | Bundesarchiv, Bild 183-1990-0316-035, Fotograf: Sindermann | Bundesarchiv, Bild 183-1990-0128-012, Fotograf: Reiche

MIT DER WÄHRUNGS-, WIRTSCHAFTS- UND SOZIALUNION HÄLT DIE D-MARK IM OSTEN EINZUG

Die Regierung de Maizière steht vor unvergleichlichen Herausforderungen. Ihr Wählerauftrag lautet, den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik so schnell und verantwortungsvoll wie möglich zu vollziehen, die dafür notwendigen politischen Reformen voranzubringen, die ökonomische Situation und vor allem die Versorgungslage in der DDR zu stabilisieren und gemeinsam mit der Bundesrepublik die für die Vereinigung notwendigen bilateralen und internationalen Vertragswerke auszuhandeln. Ost-Berlin wie Bonn geraten unter Handlungsdruck: Jeden Tag packen zweitausend Ostdeutsche ihre Koffer und ziehen nach Westen. Dort sind die Aufnahmekapazitäten längst erschöpft, während im Osten die Lücken kaum mehr geschlossen werden können, die die 550.000 Übersiedler seit Sommer 1989 gerissen haben. Derweil skandieren die Menschen auf der Straße: „Kommt die D-Mark, bleiben wir, kommt sie nicht, gehn wir zu ihr!“. Am 1. Juli tritt die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion in Kraft, deren vertragliche Grundlage bereits am 18. Mai unterzeichnet worden war. Über Nacht hält mit der D-Mark auch die Marktwirtschaft zwischen Elbe und Oder offiziell Einzug. Der DDR-Staatsbesitz soll von der Treuhandanstalt privatisiert werden, deren Errichtung auf einen Beschluss der Regierung Modrow zurückgeht.

Am Tag 1 nach der Währungsunion bilden sich im ganzen Land – wie hier am Ost-Berliner Alexanderplatz - lange Schlangen vor den Sparkassen.

ANGLEICHUNG

Bundesfinanzminister Theo Waigel (r.) und DDR-Finanzminister Walter Romberg (l.) unterzeichnen am 18. Mai 1990 den Vertrag über die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion. Im Bild stehend (v.l.) DDR-Ministerpräsident Lothar de Maizière und Bundeskanzler Helmut Kohl.

Schon im Frühjahr 1990 werden im Schaufenster eines Geschäftes in Meiningen Westlebensmittel angeboten. Die Nachfrage nach ostdeutschen Produkten nimmt rapide ab.

Auch auf ostdeutschen Marktplätzen blüht der Handel mit Westwaren schon vor der Währungsunion. Hier der Marktplatz von Altenburg am 18. Juni 1990.

Im Centrum-Warenhaus am Ost-Berliner Alexanderplatz halten die Westwaren erst nach der Währungsunion Einzug. Aufnahme: 1. Juli 1990.

Am 1. März 1990 gründet die Modrow-Regierung die „Anstalt zur treuhänderischen Verwaltung des Volkseigentums“. Vier Jahre später, am 30. Dezember 1994, ist die Privatisierung der DDR-Staatsunternehmen abgeschlossen. Die Präsidentin Birgit Breuel hält das abgeschraubte Schild ihres Amtssitzes in die Kameras.

Quellen: Bundesregierung/Lehnartz | StAufarb, Bestand Uwe Gerig, Nr. 2608 | Bundesregierung/Lehnartz | Bundesregierung/Kühler | Bundesregierung/Lehnartz | Bundesregierung/Schambeck

DAS JAHR 1990 STEHT IM ZEICHEN GESAMTDEUTSCHER ERKUNDUNGEN UND UNTERSTÜTZUNG

Im Frühjahr 1990 sprechen sich 85 von 100 Ostdeutschen für die Wiedervereinigung aus, im Westen Deutschlands sind es im Januar 70 Prozent. Aus Ost wie West machen sich die Menschen auf, den anderen Teil Deutschlands zu erkunden. Die Neugier auf und die Freude über das Wiedersehen sind groß. Solidarität beschränkt sich nicht auf das Begrüßungsgeld von 100 DM, das den Ostdeutschen nach dem Mauerfall die Entdeckung des Westens erleichtert. Bundesländer und Kommunen, Parteien, Verbände und Vereine, viele Privatpersonen schließen Partnerschaften. Die Kirchen üben gesamtdeutsche Solidarität. Sie alle unterstützen die demokratische Umgestaltung und den wirtschaftlichen Neuanfang mit Geld, Personal und Sachkunde. Noch gibt es weder den Begriff des „Besser-Wessis“ noch den des „Jammer-Ossis“. Trotz mancher Warnung und Skepsis erwarten viele alsbald „blühende Landschaften“. Viele Ostdeutsche erfüllen sich lange gehegte Träume: Auf den Champs-Élysées und auf Mallorca ist plötzlich Sächsisch zu vernehmen. Der Gebrauchtwagenmarkt in Westdeutschland ist leer gefegt. In der Euphorie des Moments scheinen selbst Gurken, Senf oder Mehl aus Westdeutschland besser zu schmecken als einheimische Produkte. Ostalgie ist in dieser Zeit unvorstellbar.

Grenzübergang Helmstedt am 11. November 1990.

SOLIDARITÄT

Endlich die Welt erkunden wollen die Ostdeutschen nach dem Mauerfall. Neben vielen westeuropäischen Hauptstädten stehen auch fernöstliche Ziele zur Auswahl. Im Bild: Schaufenster in Heiligenstadt am 31. März 1990.

Der Trabi auf dem Prüfstand. Aufnahme aus Weimar vom 20. Juni 1990. Binnen kürzester Frist ist der westdeutsche Gebrauchtwagenmarkt wie leer gefegt.

Auf dem ehemaligen „Todesstreifen“ zwischen Brandenburger Tor und Leipziger Platz sehen 300.000 Zuschauer aus ganz Europa und Übersee am 21. Juli 1990 die Neuinszenierung der Rockoper „The Wall“ von Ex-“Pink-Floyd“ Chef Roger Waters.

Auch für Händler ist die Mauer endlich kein Hindernis mehr. Türkische Obst- und Gemüsehändlerin auf dem Wochenmarkt in Pankow. 25. Juli 1990.

Überall in Berlin wird die Mauer abgebaut. In kleinen Stücken wird sie zu dem Touristensouvenir der wieder vereinten Stadt. Im Bild: Mauerreste an der Köpenicker Straße in Berlin-Kreuzberg.

Quellen: Bundesregierung/Specht | Bundesregierung/Lehnartz | Bundesarchiv, Bild 183-1990-0725-300, Fotograf: Franke | Bundesregierung/Reineke | Bundesarchiv, Bild 183-1990-0722-402, Fotograf: Roeske | StAufarb, Bestand Uwe Gerig, Nr. 2500

DIE EINSTIGEN SIEGERMÄCHTE DES II. WELTKRIEGES STIMMEN DER DEUTSCHEN WIEDERVEREINIGUNG ZU

Zur Jahresmitte 1990 fehlt ein wesentlicher Schlussstein am Bau der Deutschen Einheit. Die braucht die Zustimmung der Siegermächte des II. Weltkrieges, die ihre Rechte und Verantwortlichkeiten in Bezug auf Deutschland als Ganzes nie völlig aufgegeben haben. Beide deutsche Staaten gehören nicht nur zwei gegensätzlichen Bündnissystemen an, auf ihrem Territorium sind auch nach wie vor Truppen der Alliierten in großer Zahl stationiert. Und schließlich gilt es, die Sicherheitsinteressen der Nachbarstaaten zu berücksichtigen. Um diese Probleme drehen sich seit Mai die 2+4-Verhandlungen der Außenminister der beiden Deutschlands, der USA, der Sowjetunion, Großbritanniens und Frankreichs. Am 21. Juni erklären die beiden deutschen Parlamente in einer gleich lautenden Entschließung die Unverletzlichkeit der polnischen Westgrenze. Die größte Hürde bildet die Frage der künftigen Bündniszugehörigkeit Deutschlands. Hier erzielt Helmut Kohl in persönlichen Verhandlungen mit Michail Gorbatschow den Durchbruch. Am 16. Juli verkünden die beiden Staatsmänner vor der Presse die Zustimmung der Sowjets zur NATO-Mitgliedschaft Deutschlands. Mit der Unterzeichnung des 2+4-Vertrages am 12. September erhält Deutschland seine staatliche Souveränität zurück. Der Weg zur Wiedervereinigung ist frei.

Abbau des Kontrollgebäudes am Alliierten- und Diplomatengrenzübergang „Checkpoint Charlie“ am 22. Juni 1990.

2+4 = 1

Zur ersten Runde der ‚2 + 4-Gespräche‘ treffen sich die Außenminister der beiden deutschen Staaten und der vier Siegermächte am 5. Mai 1990 in Bonn. Im Weltsaal des Auswärtigen Amtes wird über die äußeren Aspekte der deutschen Wiedervereinigung verhandelt.

Bonn, 5. Mai 1990. Verhandlungspause: DDR-Außenminister Markus Meckel im Kreis seiner internationalen Amtskollegen. Binnen weniger Monate tauscht der Pfarrer die Kanzel gegen das diplomatische Parkett.

Gruppenbild der Außenminister: (v.l.) James A. Baker (USA), Eduard Schewardnadse (UdSSR), Hans-Dietrich Genscher (Bundesrepublik Deutschland), Roland Dumas (Frankreich), Markus Meckel (DDR), Douglas Hurd (Großbritannien).

Bundeskanzler Helmut Kohl (r.), Staatspräsident der UdSSR Michail Gorbatschow (m.) und Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher (l.) einigen sich im Kaukasus auf die Bündniszugehörigkeit des wiedervereinigten Deutschlands zur NATO. Im Bild ein Rastplatz in der Nähe der privaten Datscha Michail Gorbatschows bei Archys. 15. Juli 1990.

In Moskau wird der 2 + 4-Vertrag unterzeichnet. Im Bild (v.r.): Hans-Dietrich Genscher (Außenminister der Bundesrepublik Deutschland), Lothar de Maizière (DDR-Ministerpräsident), Roland Dumas (Außenminister von Frankreich). Hinter ihm stehend: Michail Gorbatschow (Staatspräsident der UdSSR).

Ein Vierteljahr vor der Wiedervereinigung unterzeichnen Bundestag und Volkskammer, die beiden Parlamente, eine Erklärung über die Unverletzlichkeit der polnischen Westgrenze. Blick auf die Oder, die die Grenze zwischen der DDR und Polen markiert. Aufnahme vom 20. Juni 1990.

Quelle: Bundesregierung/Lehnartz | Bundesregierung/Reineke | Bundesregierung/Reineke | Bundesregierung/Lehnartz | Bundesregierung/Pfeil | Bundesregierung/Schaack

DIE VOLKSKAMMER BESCHLIESST DEN BEITRITT DER DDR ZUM GELTUNGSBEREICH DES GRUNDGESETZES

Über den Weg zur Deutschen Einheit wird seit Frühjahr 1990 heftig gestritten. Eine Minderheit will die Mütter und Väter des Grundgesetzes beim Wort nehmen, die im Artikel 146 vorgesehen hatten, dass das Grundgesetz „an dem Tage“ die Gültigkeit verlieren solle, „an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist“. Am 23. August beschließt die Volkskammer indes mit überwältigender Mehrheit gemäß Artikel 23 des Grundgesetzes den Beitritt der DDR zur Bundesrepublik am 3. Oktober 1990. Es ist die Entscheidung für eine Verfassung, die sich in vier Jahrzehnten bewährt hat und die der Westen nicht zur Disposition zu stellen gedenkt. Am 31. August folgt der in nur acht Wochen ausgehandelte Einigungsvertrag. Er regelt Änderungen im Grundgesetz, Fragen der Rechtsangleichung und der öffentlichen Verwaltung in Ostdeutschland, Fragen der Finanzen sowie der Bereiche Arbeit, Soziales, Frauen und Kultur. Strittige Punkte wie etwa die Festlegung der künftigen Bundeshauptstadt werden vertagt oder in Zusatzprotokollen geregelt; darunter auch der Zugang zu den Stasi-Unterlagen, den DDR-Bürgerrechtler im Sommer mit einem Hungerstreik erkämpfen.

Nach einer turbulenten Marathonsitzung stimmen in den frühen Morgenstunden des 23. August 1990 294 Volksammerabgeordnete dem Beitritt der DDR zu. 62 Abgeordnete votieren dagegen.

BESCHLOSSEN

Am 31. August 1990 unterzeichnen Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (l.) und DDR-Staatssekretär Günther Krause (r.) im Kronprinzenpalais in Berlin den Einigungsvertrag.

DDR-Ministerpräsident Lothar de Maizière auf einer Pressekonferenz am 3. August 1990. Mit im Bild Angela Merkel, seine stellvertretende Regierungssprecherin.

Mit einem 2:0 Sieg über den WM-Teilnehmer Belgien verabschiedet sich die DDR-Nationalmannschaft am 13. September 1990 für immer von der internationalen Fußballszene.

Über Tausend Seiten umfasst der „Einigungsvertrag“, der binnen 56 Tagen zwischen Ost- und Westdeutschland ausgehandelt worden ist.

Bürgerrechtler besetzen die einstige Stasi-Zentrale und fordern die Öffnung des Stasi-Archives.
Berlin, 4. September 1990.

Einen Tag vor der Wiedervereinigung schraubt Franz Bertele, Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik in Ost-Berlin, eigenhändig das Schild an seinem Dienstgebäude ab.
2. Oktober 1990.

Quellen: picture-alliance/dpa | Bundesarchiv, Bild 183-1990-0803-017, Fotograf: Settnik | Bundesarchiv, Bild 183-1990-0904-020, Fotograf: Lochmann | Bundesarchiv, Bild 183-1990-1002-018, Fotograf: o. Ang. | Bundesregierung/Reineke | Bundesarchiv, Bild 183-1990-0913-017, Fotograf: o.Ang. | Bundesregierung/Lehnartz

AM 3. OKTOBER 1990 WIRD DIE DEUTSCHE TEILUNG VERGANGENHEIT

3. Oktober 1990, um 0 Uhr: Zu den Klängen der Nationalhymne wird über dem Berliner Reichstag die Fahne des nunmehr geeinten Deutschland gehisst. Vier Tage vor ihrem 41. Jahrestag hört die DDR auf, als Staat zu existieren; die deutsche Teilung ist überwunden. Ein riesiges Feuerwerk erleuchtet die Straßen und Plätze rund um den Reichstag, auf denen eine Million Menschen feiern. Kaum ein Jahr ist vergangen, seitdem die Ostdeutschen die vierzigjährige Diktatur der SED zu Fall gebracht haben. Es waren die Friedliche Revolution und die Selbstdemokratisierung der DDR, die den Weg zur Deutschen Einheit ebneten und die Voraussetzung schufen, dass seit 1990 alle Menschen in Deutschland zum ersten Mal in der Geschichte in Frieden, Freiheit und Demokratie, in anerkannten Grenzen, in Freundschaft und gegenseitiger Achtung mit ihren Nachbarn leben. Der Umbruch in der DDR war Teil der Friedlichen Revolutionen in Ostmitteleuropa, die auch dort nicht allein die kommunistischen Diktaturen, sondern zugleich die Teilung Europas überwanden, die aus dem vom nationalsozialistischen Deutschland 1939 begonnenen Zweiten Weltkrieges resultierte. Und so ist das Jahr 1989 als das europäische Freiheitsjahr in die Geschichte eingegangen.

Mit einem Feuerwerk vor dem Reichstagsgebäude feiern die Deutschen am 3. Oktober 1990 die Wiedervereinigung.

VEREINT

Näherinnen in der Spectrum-Näherei in Leipzig „flaggen um“. Im Vorfeld der Wiedervereinung steigt die Nachfrage nach Deutschlandfahnen, deshalb entfernen sie das Emblem von den DDR-Fahnen.

Gemeinsam nehmen Vertreter von Regierung und Opposition an den Feierlichkeiten zur Vereinigung Deutschlands vor dem Berliner Reichstag teil.

Unter den Linden in Berlin feiern Hunderttausende Menschen gemeinsam ein Volksfest. 3. Oktober 1990.

Einen Tag nach der Wiedervereinigung übernimmt Generalleutnant Jörg Schönbohm (Befehlshaber des Bundeswehrkommandos Ost) das Wehrbereichskommando VII der Bundeswehr, vormals Wehrbezirk III der Nationalen Volksarmee.

Nach den ersten gesamtdeutschen Wahlen am 2. Dezember 1990 konstituiert sich der erste frei gewählte gesamtdeutsche Bundestag am 20. Dezember 1990 im Reichstagsgebäude in Berlin.

Quellen: Bundesregierung/Reineke | Bundesregierung/Lehnartz | Bundesregierung/Lehnartz | Bundesregierung/Lehnartz | Bundesarchiv, Bild 183-1990-1004-025, Fotograf: Gahlbeck | Bundesarchiv, Bild 183-1990-0920-012, Fotograf: Grubitzsch (geb. Raphael)

EINE AUSSTELLUNG HERAUSGEGEBEN VON DER

BUNDESSTIFTUNG ZUR AUFARBEITUNG DER SED-DIKTATUR

Seit 1998 steht die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur für eine lebendige und pluralistische Auseinandersetzung mit der Geschichte und den Folgen der deutschen und europäischen Teilung sowie der kommunistischen Diktaturen in der DDR und Ostmitteleuropa. Sie fördert Projekte, bringt sich mit Veranstaltungen und Publikationen in die Debatte ein und verfügt über eine Spezialbibliothek sowie ein Archiv. Die Stiftung versteht sich als Ansprechpartnerin und Mittlerin zwischen gesellschaftlicher Aufarbeitung, Wissenschaft, Politik, Medien und Öffentlichkeit.
www.stiftung-aufarbeitung.de

BUNDESSTIFTUNG AUFARBEITUNG

IN KOOPERATION MIT DER

HERTIE-STIFTUNG

Die Hertie-Stiftung baut auf dem Lebenswerk des 1972 verstorbenen Stifters Georg Karg, Inhaber der Hertie Waren- und Kaufhaus GmbH, auf. Die Hertie-Stiftung zählt heute zu den größten privaten Stiftungen Deutschlands. Sie versteht sich als Reformstiftung, die Anreize für Veränderung schafft – durch neue Lösungsansätze, zusätzliches Know-How und die nötige finanzielle Unterstützung. Sie möchte einen praktischen Beitrag zur Erneuerung des Landes leisten, mit modellhafter Arbeit in der schulischen Erziehung, der akademischen Bildung und in der Forschung.
www.ghst.de

Gemeinnützige Hertie-Stiftung

RECHERCHIERT UND GESTALTET VOM

ERINNERUNGSLABOR

Persönliche und kollektive Erinnerungen bilden die Basis unserer Kultur. Das erinnerungslabor beschäftigt sich mit der Bedeutung von Erinnerungen in Geschichte, Kultur, Politik und Wissenschaft. Es entwickelt Konzepte für Ausstellungen und Publikationen. Lebendigkeit, Genauigkeit und kreative Kommunikationswege sind dabei das Leitmotiv. Das erinnerungslabor begleitet seine Auftraggeber von der ersten Idee bis zum fertigen Produkt.
www.erinnerungslabor.de

erinnerungslabor

Mit freundlicher Unterstützung des Auswärtigen Amtes

Auswärtiges Amt

ERINNERUNG

WEITERFÜHRENDE LITERATUR

Ehrhart Neubert: Unsere Revolution. Die Geschichte der Jahre 1989/1990
Piper Verlag, München 2008.
In Zusammenarbeit mit der Bundesstiftung Aufarbeitung.

Zeitenwende 1989/90 – Von der friedlichen Revolution zur Deutschen Einheit
Hrsg. vom FWU Institut für Film und Bild in Wissenschaft und Unterricht und der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Grünwald 2008.
Verleih durch Landes-, Kreis- und Stadtbildstellen, Medienzentren.
Verkauf durch FWU Institut für Film und Bild, Bavariafilmplatz 3, 82031 Grünwald

Wendebilder – Fünf Fotos und ihre Geschichten
Eine filmische Dokumentation von Karoline Kleinert, Vidivon GmbH,
hrsg. von der Bundesstiftung Aufarbeitung, Berlin 2006.
Mit umfangreichem Begleitmaterial für die Schule.

Mary Fulbrook: The People's State: East German Society from Hitler to Honecker
Yale University Press 2008

Timothy Garton Ash: In Europe's Name: Germany and the Divided Continent
Vintage 1994

Frederick Taylor: The Berlin Wall. A World Divided. 1961 – 1989
Harper Perennial 2008

WEITERFÜHRENDE LINKS

www.berlin.de/mauer
www.bpb.de
www.bstu.de
www.chronikderwende.de
www.chronik-der-mauer.de/
www.deinegeschichte.de
www.dhm.de/lemo/html/DasGeteilteDeutschland/
www.geschichtsforum09.de
www.jugendopposition.de
www.mein-herbst-89.de
www.mdr.de/1989
www.politische-bildung.de/
www.stiftung-aufarbeitung.de
www.unseregeschichte.zdf.de
www.2plus4.de/

ENGLISCHSPRACHIGE INFORMATIONEN ZUM THEMA

www.dw-world.de/reunification

IMPRESSUM / DANKSAGUNG

Folgenden Institutionen und Archiven danken wir für die Unterstützung:
Archiv Bürgerbewegung Leipzig (ABL), Botschaft der Republik Ungarn, Bundesarchiv Koblenz und Berlin, Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Sta atssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, dpa Picture-Alliance, Landesarchiv Berlin, Museum in der „Runden Ecke" Leipzig, Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Robert-Havemann-Gesellschaft sowie Bernd Lindner (Leipzig) und Steffen Reiche (Potsdam).

Besonders danken wir den Fotografen:
Johannes Beleites (Berlin), Albrecht Ecke (Berlin), Uwe Gerig (Berlin), Heinz Löster (Leipzig), Klaus Mehner (Berlin), Jürgen Müller-Schneck (Berlin), Martin Naumann (Leipzig), Uwe Pullwitt (Leipzig) und Siegfried Wittenburg (Rostock).

Idee, Projektleitung und Texte: Ulrich Mählert, Bundesstiftung Aufarbeitung
Recherche, Bildredaktion und Gestaltung: erinnerungslabor

HINWEIS ZU DEN QUELLENANGABEN

Die Quellenangaben sind am unteren Rand der Plakate ausgewiesen. Die Reihenfolge beginnt mit der Nennung des großen Hauptfotos, im Uhrzeigersinn sind die kleineren Fotos dokumentiert.